

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 9, 2023

1. Niedersachsen

1.1. Drohbriefe und Graffitis gegen Moscheen in Hannover: Polizei ermittelt Verdächtige

Die Polizei in Hessen hat möglicherweise die Schreiberin des Drohbriefs an die Moschee in Hannover-Nordstadt (s. Mitteilungen 8/2023, S. 1) identifiziert. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Darmstadt handelt es sich um eine 46jährige Frau aus Wiesbaden. Sie soll seit Monaten Hassbriefe an verschiedene Einrichtungen versandt haben, unter anderem an Moscheen. Die Polizei teilte mit, es seien zahlreiche Beweismittel sichergestellt worden ([mehr](#)).

Zugleich teilte die Polizei in Hannover mit, „nach einer Serie von möglicherweise politisch motivierten Farbschmierereien an diversen Objekten im Stadtgebiet Hannovers“ habe man einen Tatverdächtigen ermittelt. Dem 39-jährigen Hannoveraner wird unter anderem vorgeworfen, die DITIB-Moschee in Hannover-Mitte mit Graffiti beschmiert zu haben ([mehr](#)).

1.2. Was sonst noch war

- Osnabrück: Runder Tisch der Religionen feiert mit Musik und Essen auf dem Marktplatz ([mehr](#))
- Neue Internetseite „Orte der Begegnung mit jüdischem Leben“ freigeschaltet ([mehr](#))
- Ehemaliger Antisemitismusbeauftragter Franz Rainer Enste mit Preis für jüdisch-christliche Beziehungen geehrt ([mehr](#))
- Antisemitismusbeauftragter Gerhard Wegner fordert Rücktritt von Bayerns Vize-Ministerpräsident Hubert Aiwanger ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Verband der Islamischen Kulturzentren feiert 50-jähriges Jubiläum mit Bundespräsident

Der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) hat in Köln sein 50-jähriges Jubiläum gefeiert. An der Feier nahm unter anderen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier teil.

Zu Beginn seiner Rede erinnerte der Bundespräsident an die Zeit, als Muslime in Deutschland noch keine Moscheen hatten. 1965 feierten sie das Ende des Ramadans im Kölner Dom. Das Ereignis hatte seinerzeit für große Schlagzeilen gesorgt.

In den letzten 50 Jahren habe sich die Lage grundlegend geändert. „Der Islam, die muslimische Religion, das muslimische Leben, die muslimische Kultur haben Wurzeln geschlagen in unserem Land.“ Bemerkenswert sei insbesondere, dass der VIKZ seine Imame schon seit den 1980er Jahren in Deutschland ausbilde und dass sie „meist hier geboren oder aufgewachsen“ seien. „Ich kann Sie nur alle weiter ermuntern: Nehmen Sie Ihren Platz in der Mitte unserer gemeinsamen Gesellschaft ein!“, so der Bundespräsident.

Die Vielfalt der Religionen in Deutschland erfordere „Respekt, Offenheit, Kompromisse, oder ich könnte auch sagen: ein demokratisches Miteinander“, sagte Steinmeier. Es gehe darum, „versöhnt, mit Respekt und Hochachtung im Dialog einander gegenüberzutreten“ und gemeinsam die Religionsfreiheit zu leben und zu verteidigen. Er verurteile „es zutiefst, wenn Religion missbraucht wird, um Andersgläubige abzuwerten oder unseren Staat und unsere demokratischen Werte in Frage zu stellen. Sei es Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus oder Christenhass.“ Wer sich solchem Missbrauch entgegenstelle, „der verdient unseren Respekt. Heute, am Jahrestag ihres gewaltsamen Todes, denken wir besonders an Jina Mahsa Amini“ ([mehr](#)).

Weitere Gäste des Jubiläums waren die stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Mona Neubaur (Grüne), die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Henriette Reker, der Präses der Evangelischen Kirche in Rheinland, Thorsten Latzel, sowie der Vorsitzende der Unterkommision für den interreligiösen Dialog der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Bertram Meier. Die Festrede hielt der Islamwissenschaftler Albrecht Fuess von der Universität Marburg ([mehr](#)).

Der VIKZ wurde 1973 in Köln für die religiöse, kulturelle und soziale Betreuung der türkischen Gastarbeiter gegründet. Mit etwa 300 Moscheegemeinden und Bildungseinrichtungen ist er einer der größten islamischen Verbände in Deutschland. 2007 gründete er gemeinsam mit der DITIB, dem Islamrat (Milli Görüs) und dem Zentralrat der Muslime den Koordinationsrat der Muslime in Deutschland.

2.2. Bundeskongress der Räte der Religionen betont Bedeutung des Westfälischen Friedens

„Westfälischer Frieden 2023 bedeutet Frieden aller Religionen“ – unter diesem Motto kamen 375 Jahre nach dem Abschluss des Westfälischen Friedens Vertreter und Vertreterinnen interreligiöser Dialoginitiativen aus ganz Deutschland zu ihrer Jahrestagung in Münster zusammen.

„Im Jubiläumsjahr des Westfälischen Friedens ist es mir eine ganz besondere Freude, dass der Bundeskongress der Räte der Religionen in Münster tagt. Sowohl Vergangenheit als auch Gegenwart lehren uns, dass der interreligiöse Dialog essentiell für ein friedliches Miteinander ist“, sagte Oberbürgermeister Markus Lewe in seinem Grußwort. „Deshalb müssen wir jenen Strömungen in unserer Gesellschaft entschieden entgegenzutreten, die Religion missbrauchen oder politisch instrumentalisieren.“

Der Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium, Jörn Thießen, bekräftigte die Bedeutung und das Potential interreligiöser Initiativen in den Kommunen. „Wir unterstützen ihr Ziel, die bundesweite Vernetzung interreligiöser Zusammenschlüsse auf kommunaler Ebene zu fördern und ihr Potential für das Zusammenleben in einer pluralen, offenen Gesellschaft zu nutzen“.

Angesichts der globalen Herausforderungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen rückte der Kongress die Frage nach der Bedeutung des Friedensschlusses von 1648 in den Mittelpunkt. Die Hauptvorträge hielten die Historikerin Siegrid Westphal (Universität Osnabrück) und der Religionssoziologe Alexander-Kenneth Nagel (Universität Göttingen).

„Es war ein Wunder, dass der Westfälische Frieden 1648 zustande kam. Zu Unrecht gilt er heute meist als ein Ereignis aus längst vergangenen Zeiten. Der Kongress hat gezeigt: Bei allen Unterschieden können wir immer noch viel vom Westfälischen Frieden lernen“, sagte der Geschäftsführer des Kongresses, Sören Rekel-Bludau.

Der Bundeskongress der Räte der Religionen setzt sich seit seiner Gründung im Jahr 2018 für den kommunalen Dialog der Religionsgemeinschaften ein. Er fördert das Verständnis, die Toleranz und den Respekt, auf der Grundlage der freiheitlichen Grundordnung. Zum Netzwerk des Kongresses gehören aktuell 67 Kommunen in 13 Bundesländern. Sprecher und Sprecherinnen des Kongresses sind zurzeit Ahmad Alhamwi (Münster), Hamideh Mohagheghi und Wolfgang Reinbold (Hannover), Gerdi Nützel (Berlin), Sebastian Römisch (Dresden) und Joachim Valentin (Frankfurt). Der Kongress wurde vom Bundesministerium des Innern und für Heimat aus Mitteln der Deutschen Islamkonferenz und von der Dr. Buhmann-Stiftung für interreligiöse Verständigung mit Sitz in Hannover gefördert.

2024 trifft sich der Kongress in Dresden. Im Rahmen des Kongresses wird das 10. Interreligiöse Friedenskonzert des Vereins „Bündnis interreligiöses Deutschland e.V.“ stattfinden ([mehr](#)).

2.3. Essen: Bischof Overbeck warnt vor dem Erstarken ultrarechter Katholiken

Angesichts des Erstarkens der AfD hat der katholische Ruhrbischof Franz-Josef Overbeck vor ernststen Gefahren für die deutsche Demokratie gewarnt.

„Unsere Demokratie steht in diesen Zeiten massiv unter Druck“, sagte Overbeck dem Portal „Kirche und Leben“. Neben dem Druck „von außen her durch Autokraten, die selbst vor einem Angriffskrieg nicht zurückschrecken“ sieht er Bedrohungen „von innen her durch jene, die auf die schwierigen Fragen unserer Zeit verlockend einfache und bequeme Antworten anbieten.“

Mit großer Sorge betrachtete er „religiös-reaktionäre Bewegungen“ in der katholischen Kirche, so Overbeck weiter. Sie seien seiner Ansicht nach „eher dem identitären Umfeld zuzuordnen“. Diese Bewegungen qualifizierten andere religiöse Deutungen als „Häresien“ ab und wähten sich „im Besitz der einen absoluten Wahrheit“. In gewisser Weise seien sie „das religiöse Äquivalent zur neuen politischen Rechten mit nicht selten direkten Verbindungen“. Als Bischof unternehme er alles in seiner Macht Stehende, „um darauf hinzuwirken, dass diese Tendenzen in unserer Kirche möglichst klein bleiben“, so Overbeck ([mehr](#)).

2.4. Frankreich verbietet muslimische Gewänder in Schulen

Mit Beginn des neuen Schuljahrs hat Frankreich das Tragen einer Abaja und vergleichbarer Kleidungsstücke für Männer („Qamis“) in den Schulen verboten. „Ich habe entschieden, dass in der Schule keine Abaja mehr getragen werden darf“, sagte Bildungsminister Gabriel Attal. Den Schulen würden „klare Regeln auf nationaler Ebene“ vorgegeben.

„Der Laizismus bedeutet die Freiheit, sich durch die Schule zu emanzipieren“, so der Minister. Beim Betreten eines Klassenraums dürfe nicht zu erkennen sein, welcher Religion die Schülerinnen und Schüler angehören. Mit denjenigen, die die Abaja nicht ablegen wollen, werde es Gespräche geben, sagte Attal. „Wir werden darauf achten, dass alle den Sinn der Regel verstehen.“ Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte kurz vor Beginn des Schuljahrs angekündigt: „Wir lassen nichts durchgehen“ ([mehr](#)).

Über ein mögliches Abaja-Verbot wurde in Frankreich seit Monaten debattiert. Der muslimische Dachverband CFCM ist der Ansicht, dass das bodenlange Gewand kein religiöses Kleidungsstück darstelle. Der Generalsekretär der Schulleiter-Gewerkschaft SNPDEN, Bruno Bobkiewicz, begrüßte demgegenüber, dass es klare Anweisungen für die Direktoren geben werde. Seit 2004 sind auffällige religiöse Symbole in den französischen Schulen verboten ([mehr](#)).

Einen Eilantrag gegen das Verbot wies Frankreichs höchstes Verwaltungsgericht zurück. Das Verbot stelle keine schwerwiegende und offensichtlich rechtswidrige Beeinträchtigung einer Grundfreiheit dar, entschied der Conseil d'État in Paris. Das Gericht bekräftigte, dass das zunehmende Tragen von Abayas und Qamis einen religiösen Hintergrund habe. Dies gehe auch aus Äußerungen der betroffenen Schülerinnen und Schüler hervor ([mehr](#)).

2.5. Dänemark: Regierung will öffentliche Koranverbrennungen verbieten

Die dänische Regierung will öffentliche Koranverbrennungen verbieten. Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf sehe ein Verbot der „unangemessenen Behandlung von Gegenständen von erheblicher religiöser Bedeutung für eine Religionsgemeinschaft“ vor, sagte der dänische Justizminister Peter Hummelgaard. Eine Verbrennung des Korans oder anderer als heilig geltender Schriften könne mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft werden.

Das Gesetz umfasse auch das Zertrampeln oder sonstige Schändungen dieser Gegenstände an öffentlichen Orten, so der Justizminister. „Dies sind Spothandlungen, die der Sicherheit der Dänen sowohl im Ausland als auch im Inland schaden.“ Es gehe nicht darum, was man denken und sagen dürfe, sondern um zivilere Wege, sich auszudrücken, sagte Hummelgaard.

In Dänemark und Schweden hatte es zuletzt mehrere Aktionen gegeben, bei denen ein Koran angezündet oder auf andere Weise geschändet worden war. Das führte zu Spannungen im Verhältnis zu muslimisch geprägten Ländern und löste zum Teil Ausschreitungen aus.

Hummelgaard betonte, die nationale Sicherheit Dänemarks sei ein Hauptgrund für das vorgeschlagene Gesetz. „Wir können nicht weiterhin tatenlos zusehen, wie manche Menschen alles tun, um gewalttätige Reaktionen hervorzurufen“, sagte der Justizminister.

Auch die schwedische Regierung prüft, inwieweit die Vorschriften für öffentliche Versammlungen geändert werden können. Das Terrornetzwerk Al-Kaida hatte mit Blick auf die Koranverbrennungen zu Anschlägen gegen die EU-Mitgliedstaaten aufgerufen ([mehr](#)).

2.6. Was sonst noch war

- Großimam Ahmad al-Tayyib, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzler Olaf Scholz zu Gast beim Internationalen Friedenstag der katholischen Gemeinschaft Sant'Egidio in Berlin; Steinmeier verteidigt Waffenlieferungen an die Ukraine ([mehr](#))
- Fast 50.000 Teilnehmer feiern Jahresversammlung „Jalsa Salana“ und 100. Geburtstag der Ahmadiyya Muslim Jamaat auf dem Stuttgarter Messegelände ([mehr](#))
- Bundesinnenministerin verbietet Neonazi-Vereinigung „Hammerskins Deutschland“ ([mehr](#))
- Frankfurt am Main: Rat der Religionen Frankfurt wählt Unternehmerin Nura Froemel zur Vorsitzenden; bisheriger Vorsitzender Joachim Valentin zum Stellvertreter ernannt ([mehr](#)).

3. Video

3.1. Wie eine Kirche zur Moschee wurde – Die Al Nour Gemeinde Hamburg

Religionen im Gespräch

Gast: Daniel Abdin, Al-Nour-Moschee Hamburg

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

3.2. Deutschlands neue Imame – Wozu brauchen wir sie?

NDR Fernsehen

25. September, 22.00–22.45 Uhr ([mehr](#)).

4. Literatur: Neuerscheinungen

S. Al-Masrar, Sind wir nicht alle ein bisschen Alman? Warum wir mit der Integration schon weiter sind und keine Identitätskrisen brauchen, München 2023; [Rezension](#) (Abdul-Ahmad Rashid)

R. Bernhardt, Monotheismus und Trinität. Gotteslehre im Kontext der Religionstheologie, Zürich 2023.

Hannover, den 21.9.2023

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.